

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal: am Sonnabend Morgen und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Amtstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Rud. Dössel; in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler; in Hamburg: Haasestein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

Danziger



Zeitung.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelkommen 1½ Uhr Nachmittags.

Paris, 22. März. Die Brüsseler und Pariser amtlichen Blätter zeigen an, daß sie am Dienstag die belgisch-französischen Declarationen veröffentlichen werden.

— Die Gemahlin Lavalettes ist gestorben.

London, 22. März. Die „Morning Post“ erwartet eine günstige Lösung der belgisch-französischen Differenz.

Brüssel, 22. März. Der belgische Minister Frère-Orban wird dennoch in Paris den dort zu eröffnenden Commissionsitzungen beiwohnen.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 21. März. Der Kaiser ist an einem leichten Grippeanfall erkrankt, welchen er sich Mittwoch Abend zuzog, als er den Gasserleuchtungsversuch im Hofe der Tuilerien längere Zeit beobachtete. — Wie „Public“ und „France“ melden, ist das Befinden des Kaisers heute durchaus zufriedenstellend; derselbe wird morgen einem Ministerrath präsentieren.

Norddeutscher Reichstag.

12. Sitzung am 20. März.

Die 4. Abtheilung beantragt, die Wahl des Hofgerichtsrath Buss (2. oberhess. Wahlkreis) für ungültig zu erklären. Buss hat 7155 St., sein Gegencandidat Dr. Oppenheim 6242 St. erhalten. Von dem Wahlcomite für den Letzteren ist Protest gegen die Wahl erhoben. Derselbe stützt zunächst auf eine Anzahl behaupteter Unregelmäßigkeiten, indem an einigen Orten die Stimmzettel nicht in Person abgegeben, an anderen von den Ortsdienstern aus den Häusern abgeholt seien, hier Wähler, die nicht in der Liste gestanden, gestimmt, dort wieder solche, die in der Liste gestanden, abgewiesen seien. Wenn man alle diese Stimmen abrechnet, reduziert sich die Majorität für Buss auf ca. 90 Stimmen. Ferner aber behauptet der Protest — und dieser Grund ist für das Votum der Abtheilung entscheidend gewesen — daß die Wahl keine geheime zu nennen sei, weil die fette Schrift der benutzten gedruckten Stimmzettel dieselben auf der Rückseite kenntlich mache. Die Abtheilung hat dasselbe auch bei den für Dr. Oppenheim abgegebenen Stimmzetteln gefunden. — Abg. Buss wünscht eine strenge Untersuchung der behaupteten Unregelmäßigkeiten. Weder die hessische Regierung, noch er selbst habe einen Einfluß auf die Wahl versucht oder beabsichtigt.

Der (gleichfalls hessische) Abg. Führ. v. Nabbenau bekämpft den Antrag der Abtheilung in sehr erregter Weise durch Produktion von Stimmzetteln und Vorführen der verschiedenen Arten, wie man die Bittel zusammenlegen kann, was oft große Heiterkeit hervorruft. Er beantragt Beantwortung der Wahl und Untersuchung der im Protest behaupteten Thatsachen. — Es entspint sich nun eine lange Debatte über die Wahlzettel. Die Abg. v. Jagow, v. Hoyerbeck und v. Hennig wollen deshalb die Wahl cassiert haben; die Abg. v. Seydewitz, v. Blankenburg, v. Branchitsch (Elbing), Graf Schwerin und Dr. Becker bekämpfen diesen Standpunkt. Dr. Becker (der selbst früher Buchdrucker gewesen) versichert, daß es kaum möglich sei, Bittel durch den Druck so herzustellen, daß sie bei genauerer Untersuchung auf der Rückseite nicht kenntlich wären. Wollte man alle Stimmzettel einer solchen Untersuchung unterwerfen, so würden darnach kaum zehn Wahlen im Hause gültig sein. Es sei Sache des Wählers, durch Zusammensetzen des Bettels das Wahlgeheimnis zu wahren; wenn er wolle, kann er ja auch den Bittel, ehe er ihn zusammenlege und abgabe, dem Wahlcommisarius zeigen, etwa um sich eine gute Meinung zu verschaffen, oder auch um den Wahlcommisarius zu

Aus Berlin.

(Original-Correspondenz)

Der Reichstag hat auf zwei Wochen Osterferien gemacht, nach einer zwar kurzen aber angestrengten Thätigkeit. Man merkt sichtlich nicht allein im Volk, sondern mehr noch bei seinen Vertretern selbst die Ermüdung durch eine vielmonatliche eifrige Beschäftigung, der schließlich auch die robusteste Natur verfallen muß. Ist auch die heute tagende Körperschaft eine andere als das preußische Abgeordnetenhaus, so liegt doch die größte Arbeitslast auf den preußischen Volksvertretern, die beiden angehören, wie diese denn auch selbstverständlich das größte Interesse an der Entwicklung der neuen Form des deutschen Reiches haben müssen. Wesentlich neue Elemente sind im Reichstage außer den dotirten Generälen nur die Socialisten, deren wenn auch kleine, jedoch stetig wachsende Zahl beweist, daß ihre Bestrebungen und Lehren unter den Arbeiterbevölkerungen immer mehr Boden gewinnen. Herr Commerzienrat Stumm mag tausendmal behaupten, daß er ebenfalls von Maschinen- und Hüttenarbeitern gewählt sei, den tendenziösen Unterschied zwischen ihm als einflussreichen Brodherrn und den andern als Genossen der Arbeiter wird er kaum wegzuleugnen im Stande sein. Heute stiessen zwar erst 5 Socialisten im Reichstage, die noch dazu in die männliche und weibliche Linie (Fasalte und Gräfin Hasfeld) getrennt sind, wächst ihre Zahl erst bis auf 10, so bilden sie eine Fraction, welche bei gewissen Eventualitäten mit in Rechnung zu ziehen ist. Ohne Frage haben sie sich ihre Vertreter sehr gut ausgesucht, Försterling allein war so plump und ungedichtet, daß er jedesmal Fiasko mache, die jüngsten socialistischen Reichstagsmitglieder sind klare Köpfe, schlagfertige Redner, äußerst gewandte Agitatoren, der Drechsler Biegel vielleicht der wichtigste unter ihnen. Im Ganzen scheint die Strömung im Volke wieder eine liberalere zu werden, aus allen Nachwahlen geben jetzt freisinnige Abgeordnete hervor, am überraschendsten ist das Resultat in der Provinz Preußen, wo derselbe Wahlkörper sich in directen Gegensatz zu seiner früheren Abstimmung gesetzt hat.

necken. (Heiterkeit.) — Abg. v. Hennig: Das, wenn mein Prinzip zur Anwendung kommt, alle Wahlen ungültig seien, ist eine kraffe Behauptung, weiter nichts; das ist ein großes Wort, das man, wenn man die nötige Courage dazu hat, wohl gelassen aussprechen kann. Hier handelt es sich aber nicht um Phrasen, sondern um Thatsachen. Es ist hier nicht die Rede davon, daß man die Bittel so zusammenfassen könnte, daß sie durchsichtig waren, sondern man hat sie tatsächlich so zusammengefaßt; dadurch ist das Wahlgesetz verletzt worden, die Wahl ist also ungültig. — Für die Ungültigkeitsklärung erhebt sich nur die Minorität (die National-Liberale, ein Theil der Freiconservativen und Einige von der Fortschrittspartei). Die Beantwortung der Wahl wird fast einstimmig angenommen.

Fortsetzung der zweiten Berathung des Reichswahlgesetzes. § 9 der Vorlage will die Herstellung einer permanenten Wählerliste, die zum ersten Male im Juli 1870 aufgestellt, dann jedes Jahr im Juli berichtigt und vom 1. bis 15. August öffentlich, Behufs der Reclamation, ausgelegt wird. Ein Antrag von Lasker und v. Hoyerbeck will, wie es bisher üblich, für jede Wahl eine Liste ausfertigen und öffentlich auslegen lassen. Hierzu hat Dr. Bähr das Amendum gestellt, daß die berichtigte Liste auch für die innerhalb 3 Monate nach der ersten Wahl etwa stattfindenden Neuwahlen gelten soll. Endlich beantragt Dr. Friedenthal, daß die permanente Liste, wie sie die Regierungsvorlage will, auch noch vor jeder Wahl, wie es der Lasker'sche Antrag will, öffentlich zur Berichtigung ausgelegt werde. Nach sämtlichen Anträgen darf nur der stimmen, der in der Liste verzeichnet ist. — Abg. Friedenthal empfiehlt seinen Vermittelungsantrag; er glaubt, daß die Permanenz der Liste wesentlich zu ihrer Richtigkeit beitragen werde. — Abg. Miquel: Eine correcte Führung permanenter Listen ist unmöglich, weil in großen Städten die Bevölkerung fortwährend umzieht; man würde dadurch wahrscheinlich einen großen Theil der arbeitenden Klassen von der Wahl ausschließen. — Bundes-Comm. v. Puttkamer weist auf Belgien und Frankreich hin, wo die permanenten Listen sich bewährt haben; was der Lasker'sche Antrag wolle, werde durch das Amendum Friedenthal erreicht; er empfiehlt dieses. — Abg. Grumbrecht hält auch die Führung permanenter Listen für unmöglich. Das Amendum Friedenthal mache durch Hinzufügung der im Lasker'schen Antrag geforderten Maßregeln die permanenten Listen überflüssig. — Abg. v. Hennig lehnt die Verurteilung auf Paris ab, da das französische Verfahren wahrscheinlich nicht im Interesse der Wahlfreiheit beliebt werde. In Berlin würde den Behörden eine riesige Arbeit aufgelegt werden, da alljährlich 25-28.000 Wähler durch Buzug und Abzug umgeschrieben werden müssen, abgesehen von der Eintragung derer, die das 25. Jahr erreichen. Für die ländlichen Wähler würde die Annahme der Regierungsvorlage eine schwere Schädigung ihres Wahlrechts bewirken. — Bei der Abstimmung wird der Antrag Lasker mit der Amendierung Bähr's angenommen.

Dem § 10, welcher die Offenheitlichkeit der Wahlhandlung ausspricht, wird auf Lasker's Antrag hinzugefügt, daß auch die Ermittlung des Wahlergebnisses öffentlich sein soll. — Hinter diesem § beantragt der Abgeordnete Lasker zwei neue §§ einzuschalten: „Die Stimmzettel, mittelst deren die Wahl erfolgt, müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem höheren Kennzeichen versehen sein;“ und „Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen des Kandidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Vervielfältigung zu versehen.“ Abg. Sombart will einschalten: Den Wählern werden innerhalb drei Tagen vor der Wahl mit Stempel versehene undurhängige Couverts verabfolgt, auch im Wahllokale be-

Auf die lebhaftesten und interessantesten Reichstagsdebatten werden wir vorläufig verzichten müssen, sonst aber gibt es heute wenig in Berlin, was der ausführlichen Meldung in die Provinz wert wäre. Wir schleppen in der schnell gewachsenen Weltstadt noch ein gut Portion Kleinstädterei aus den früheren kleinen Verhältnissen in die neuen mit hinüber, in denen diese sich fast komisch anfühlt. Die Polizeipolizei z. B. entwickelt in manchen Beziehungen eine Sorgsamkeit, ein peinliches Interesse, welche selbst in dem stramm überwachten Paris ganz unerhört wären, von denen in London und Wien längst keine Spur mehr zu finden ist, wovon sich viele kleine Landstädte bereits losgesagt haben, während gerade die großen Aufgaben dieser selben Polizei, die der allgemeinen Sicherheit und des Schutzes vor Verbrechen, wegen Mangels an Mitteln nicht selten ungelöst bleiben. Aufsätze, Heraubungen, Gefährdung des Lebens, deren Thäter unentdeckt bleiben, sind hier bekanntlich nichts Seltenes und das will man hauptsächlich daraus erklären, daß die disponibile Polizeimannschaft für den öffentlichen Sicherheitsdienst weit aus nicht genügt. Nach Mitternacht ist außer dem einsam durch die Straßen wandelnden Nachtwächter in den meisten Bezirken der Residenz kein einziger Schuhbeamter anzutreffen, so daß der gewiegte und erfahrene Verbrecher sich leicht der Verfolgung entzieht. So scheint es jetzt trotz allen Lärms, trotz der anfänglich so starken Indizien kaum mehr anänglich eine Anklage gegen v. Bastrom aufrecht zu erhalten, weil für sie durchaus kein fester Anhalt zu finden sein soll, wie selbst völlig vorurtheilsfreie Juristen mit voller Überzeugung behaupten. Desto sorgsamer ist aber diese selbe Polizei, sobald irgendemand eine Privatwohnung bezieht. Die gewöhnlichen Angaben von Namen, Stand, Alter und Heimatssort genügen ihr nicht. Mit dem liebenvollsten Interesse schickt sie wiederholt Anfragen über Anfragen, Bittel über Bittel dem Ankommeling ins Haus, um sich nach seinem Geburtstage zu erkundigen, sein Glaubensbekenntniß zu erforschen, den Zweck seines Hierseins zu ergründen. Die erste Anfrage wegen des Geburtstages läßt sich, falls die Interpellation nicht an Dames

reit gehalten. Jeder Wähler muß seinen Stimmzettel in ein solches Couvert einschließen und so verdeckt direkt in die Urne legen. — Abg. Lesser findet den Vorschlag, der im ersten Moment vielleicht wunderlich erscheinen mag, sehr practisch. Dr. Becker hat heute als Sachverständiger nachgewiesen, daß die Drückerei schwerlich Bittel schaffen werden, die durchaus das Wahlgeheimnis wahren; er hat damit wesentlich auf die Beurtheilung der Bussischen Wahl eingewirkt. Also greife man nach dem Mittel, das Sombart vorschlägt. Allen einflussreichen Personen aller Parteien könne es nur erwünscht sein, wenn die von ihnen abhängigen Personen sich bei dem Wahltag völlig frei wissen. — Bundes-Comm. v. Puttkamer findet die Forderung der Couverts für zu weitgehend; auch liege ein Missbrauch durch Hineinlegen von Wahlzetteln vor der Beurtheilung der Couverts nahe. — Abg. Gebert: Diese umständliche Manipulation erschwere das Wählen. — Abg. v. Hoyerbeck: Er gehe noch weiter, es müßten vor dem Wahllokal derartige Couverts läufig zu haben sein, um jedes Erkennen der Bittel unmöglich zu machen. — Graf Schwerin gegen den Antrag: Das Wahlgeheimnis ist nicht eine Pflicht, sondern ein Recht des Wählers; jeder, dem daran gelegen ist, wird es am besten zu wahren wissen. — Abg. Windthorst (Meppen): Wenn man in England unsere Geheimnissträmerei sieht, kommen wir in den Punch (große Heiterkeit). Es fehlt nur noch, daß neben dem Wahllokal noch ein besonderes Lokal verlangt würde, in welchem der Wähler den Bittel in das Couvert steckt, damit er hierbei von Niemand beobachtet werden könne. Hierauf wird der Lasker'sche Antrag angenommen, der Sombart'sche abgelehnt.

§ 11 (Directe Wahl; Erforderniß der absoluten Majorität; eventuell engere Wahl zwischen den Zweien, welche die meisten Stimmen haben) wird angenommen; ebenso § 12: (die Wahl findet an einem, von dem Bundespräsidium festzusetzenden Tage statt), nachdem hierzu der Antrag Schweizers, daß die Wahl stets am Sonntag stattfinde, und ein Antrag von Hagle, der bestimmte Termine für die Nach-, resp. Ergänzungswahlen feststellen will, abgelehnt sind, wird § 13 (der Bundesrath stellt das Wahlreglement für das ganze Bundesgebiet fest) ebenfalls genehmigt; ein Antrag Laskers und v. Hoyerbecks, daß das Reglement später nur durch ein Gesetz abgeändert werden darf, wird abgelehnt. § 14 handelt von den Wahlosten und von denen, die bei der Wahl functionieren. Abg. Lasker beantragt, daß von sämtlichen Wahlfunctionen diejenigen, welche ein unmittelbares Staatsamt bekleiden, ausgeschlossen sein sollen.

Bundescomm. v. Puttkamer hält das Amendum nicht der Würde der Verwaltung entsprechend. Unter Umständen werde man leicht in Verlegenheit kommen, einen geeigneten Mann zu finden, wenn man die Beamten ausschließe. Eine Bedeutung habe der Antrag nicht, da es sich um eine rein calculatorische Arbeit handele und die Regierung bei der Auswahl auch unter Nichtbeamten Männer genug finden könne, die unter ihrem Einfluß stehen. — Abg. Lasker: Ein Angriff gegen die Würde der Verwaltung liege in dem Antrage nicht; es handele sich eben um eine communale Angelegenheit und daher sei der Ausschluß der Staatsbeamten hier ebenso selbstverständlich, wie bei der Communalverwaltung. — Abg. v. Branchitsch (Elbing): Der Vorredner über sieht, daß die Staatsbeamten zugleich Gemeindemitglieder sind, daß sie also in dieser Eigenschaft gegen die übrigen Bürger zurückgesetzt werden würden. — Abg. Miquel: Es kommt sehr viel auf das Vertrauen des Wählers zu dem Wahlcommisarius an, und Jeder weiß, daß der Begriff des Beamten mit dem der Unabhängigkeit im Volke für unvereinbar gilt. — Bundes-Comm. v. Puttkamer: Alles was für den Antrag geltend

gewissen Alters gerichtet wird, recht leicht beantworten, schwer muß Manchen schon der Ausweis über seine Stellung zu den kirchlichen Gemeinschaften werden und was nun gar den Zweck des Aufenthaltes anbetrifft, so würde ich für mich denselben mit zwei oder drei graziösen Worten, wie man es der Behörde doch schuldig ist, kaum zu melden. Was muß wohl ein Franzose, ein Engländer, Italiener oder gar ein Amerikaner für einen Begriff von der neuen deutschen Hauptstadt erhalten, wenn er sieht, daß die Polizei sich von fruchtbarer Mühe giebt, ihm dieses Frageregister vorzulegen? Viel zweckmäßiger wäre es gewiß, wenn man die zur Controlirung der unzulässigen sichern Leute aufgewendete Mühe an Schreibereien und Arbeitskräften lieber der öffentlichen Sicherheitspolizei überlassen wollte, wo sie wirklichen Nutzen schaffen.

Neben solchen Kleinstädtereien machen wir doch fast täglich wieder einen neuen Schritt vorwärts ins weltstädtische Leben. Das Bedürfnis nach bequemen Zeitungs-Berkaufsstellen wird anderswo, besonders in Paris, durch tausende von kleinen Glasbuden in Form geschmackvoller Kiosks befriedigt, in denen man die einzelne Nummer jedes Blattes für billiges Geld erhält. Der directe und indirekte Vortheil ist unberechenbar, das Zeitungsverkaufswesen hat in Paris solche Ausdehnung gewonnen, daß ein zeitweise ausgesprochenes Verbot des Einzelverkaufs auf den Boulevards für ein französisches Blatt fast zu einem Verhängnispruch wird. Der einfache Mann, der nicht den Thaler erübrigen kann um seine Zeitung zu abonniren, spart sich den Silbergroschen täglich ab, um sich sein Lieblingsblatt Abends anzuschaffen. Auf allen Bänken, vor allen Thüren, auf den Dächern der Omnibus und überall wo Menschen von ihrem Tagewerk nach Hause kommen, trifft man sie scharenweise mit ihren Blättern in der Hand und fleißig lesend. Berlin will nun eine ähnliche Einrichtung ins Werk richten, man hat sich um die Concession zur Errbauung solcher Zeitungstempelchen beworben und sobald diese ertheilt wird, muß der Zeitungsbedarf einen riesigen Aufschwung nehmen. Besonders werden die billigen Blätter ihn spüren, weil grade der Arbeiter und der kleine

gemacht worden, gilt wohl für den Act der Stimmabgabe im Wahlbezirk, nicht aber für die Feststellung des Wahlergebnisses innerhalb der Wahlkreise. — Abg. Miquel: Wenn das so ist, welches Interesse habe die Regierung daran, für diese calculatorische Arbeit einen Beamten zu bestellen?

Graf Bismarck: Es handelt sich um Regelung eines Geschäftes, das eine politische Bedeutung gar nicht hat. Die Regierung wird ebenso unter den Leuten, die kein Staatsamt bekleiden, solche finden, die ihr ergeben sind, eben so oft werden sich unter den Leuten, die kein Staatsamt bekleiden, solche finden, von denen Wähler abhängig sind, als unter den Beamten. Der Antrag ist lediglich eine Beschränkung der Regierung in der Berechtigung, die brauchbarsten Organe dazu zu bestimmen. Wenn man sich daran hält, daß die Regierung ihr ergebene Leute in den Vorständen haben will, so bemerke ich, daß grade die Beamten politisch auf ihrer Seite stehen würden, daß gerade in der ersten Fassung der Vorlage die Beamten von der Wählbarkeit ausgeschlossen werden sollten. — Abg. v. Hennig: Wir sprechen es offen aus: wir wollen die Landräthe bei den Wahlen nicht, weil wir ihre Thätigkeit bei den Wahlen kennen. — Abg. Graf Schwerin: Es ist leider wahr, daß das Ansehen der Landräthe durch ihre politische Thätigkeit in letzter Zeit sehr gesunken ist (links: sehr wahr!). Daher dürfe das Haus ihr Ansehen nicht noch mehr discrediren, da es durch Annahme des Antrages ihnen die Gewissenhaftigkeit für eine rein calculatorische Arbeit absprechen würde. — Abg. Miquel erklärt die Schlussfolgerung des Vorredners nicht zu begreifen.

— Abg. v. Uruh-Bomst kündigt einen Vermittelungsantrag an, nach welchem die unmittelbaren Staatsbeamten von allen Funktionen bei der Wahl, mit Ausnahme deren des Vorstehers bei der Ermittlung des Wahlresultats, ausgeschlossen sein sollen. — Abg. v. Hoyerbeck: Das ist keine Vermittelung, sondern eine Wiederherstellung der Regierungsverlage. — Abg. v. Blankenburg: Das Ansehen der Landräthe kann nur da gelitten haben, wo sie das ihnen von der Regierung Aufgetragene schlecht besorgt haben. (Aha! links.) Im Allgemeinen ist ihr Ansehen nur gestiegen. Dagegen hat das Ansehen der Kreisrichter in letzter Zeit sehr gelitten, weil sie sich unbefugt in die Wahlen gemischt haben. — Abg. Lefse: Das Ansehen eines Beamten richtet sich im Wesentlichen nach der Art und Weise, wie er seine amtlichen Pflichten erfüllt. Wenn der Abg. v. Blankenburg gemeint, daß in der Conflictzeit diejenigen Richter an Vertrauen verloren, welche nicht regierungsfreudlich gestimmt und für die Durchführung ihrer Ansicht außerhalb des Amtes thätig gewesen sind, so falle dies wesentlich auf diejenigen zurück, die deshalb ihnen das Vertrauen entzogen haben. Weder habe übrigens diese Erfahrung weder an sich noch an Andern gemacht. — Hierauf wird § 14 mit dem Amendement Lasker und dem Unteramendement v. Uruh-Bomst angenommen.

Abg. Wiggers (Berlin) beantragt hier folgenden § einzuschalten: „Die Wahlberechtigten haben das Recht, zum Betrieb der dem Reichstag betreffenden Wahl-Angelegenheiten Vereine zu bilden und in geschlossenen Räumen öffentliche Versammlungen zu veranstalten.“ Der Antrag bezieht sich, fügt Redner hinzu, zunächst auf Mecklenburg, wo die Bildung von politischen Vereinen und die Veranstaltung von Versammlungen noch von der Genehmigung des Ministers abhängig ist. Aber er werde auch andern Staaten von Nutzen sein. So gut als man im Interesse Preußens die Redefreiheit der Abgeordneten zum Bundesgesetz gemacht, könne man auch im Interesse Mecklenburgs die Versammlungsfreiheit von Bundestag wegen garantieren. — Bundes-Commissar v. Puttkamer protestiert entschieden gegen den Antrag, weil er nicht in das Gesetz gehöre; übrigens habe er keine Wirkung ohne die Ausführungsbestimmungen der betreffenden Regierungen. — Abg. Wiggers (Berlin): Die bisherigen mecklenburgischen Gesetze garantiren nicht die Wahlfreiheit. Helfen Sie doch Mecklenburg im Jahre 1869 dazu! So gut wie die Bestimmung des Briefgeheimnisses in das Postgesetz aufgenommen ist, kann auch diese Bestimmung in das Wahlgesetz kommen. — Abg. Poggé führt eine Anzahl Beispiele dafür an, wie es mit der Versammlungs- und Wahlfreiheit in Mecklenburg beschaffen ist. Nur während der letzten 8 Tage vor der Wahl sind Versammlungen überhaupt zulässig. Eine unabhängige Presse existiert dort fast gar nicht. Von sämmtlichen Zeitungen hat auch nicht eine einzige gewagt, einen Artikel über die Wahlen zu bringen (hört! hört!); ja es war den Zeitungen sogar verboten worden, die Annoncen zur Wahl zu bringen, und erst durch Ver-

Mann zumeist es sind, welche sich an solchen Stellen mit Tageslecture versorgen.

Wegen der Charwoche kommen wir in diesem Jahre zu einer dreitägigen Königs-Geburtstagsfeier. Gestern fand bei wundervollem warmen Frühlingswetter die große Lindenparade statt. Der König inspizierte die sämmtliche Cavallerie, welche an beiden Seiten der Prachtstraße aufgestellt war, in schnellem Vorübergehen mit seiner großen und glänzenden Suite und nachher fand ein Vorbeimarsch am Opernplatz statt. In dieser Suite repräsentirte sich nicht nur der Nordbund, sondern diesmal bereits das ganze militärisch geeinigte Deutschland. Die Württemberger, Badenser, Bayern, die zur Kenntnisnahme der militärischen Einrichtungen und zu ihrer Ausbildung hierher commandirt sind, nahmen alle an der Parade Theil, unter deren weiblichen Zuschauern sich auch die Großherzogin Louise von Baden befand, die auf längern Besuch zum Geburtstage ihres Vaters hierher gekommen ist und der zu Liebe jetzt im Theater und auf Hoffesten besonders glänzendes Leben herrscht. Verschiedene militärische Diners, das Festessen der städtischen Behörden, Bälle &c. fanden an diesem Sonnabend statt, an dem bereits eine Menge Häuser ihren gebräuchlichen Fahnen- und Illuminationsschmuck angelegt haben; der Sonntag enthält die rein kirchliche Feier und am Montag giebt es große Kur-, Festacte in der Academie und Universität und ähnliche ernstere Feierlichkeiten. Auf alle diese Herrlichkeiten scheint jetzt die hellste, wärme Frühlingsonne, um die Mittagsstunden wird selbst der leichteste Überzieher eine Last, deshalb beginnt die Herrlichkeit der frischen lebhaften Frühjahrsmonde bereits um die Promenadenstunden im Thiergarten ihre Parole auszugeben. Es hat sich seit dem vorigen Jahre hier ganz im Stillen eine ziemlich gründliche Revolution vollzogen. Damals dinierte man noch um 3 Uhr und besuchte deshalb zwischen 1 und 3 die Promenaden, wer aber heute um diese Zeit sich dort einfundt, trifft nur wenige Menschen, und von der eigentlich eleganten Welt fast niemanden, denn man hat die Dinerstunde jetzt höchst zweckmäßig auf 5 Uhr hinausgerückt und so beginnt um 3 Uhr erst dieses Flut und Treiben, diese Parade von rauschender Seide, von schwerem Sammet und blinkenden Uniformen, die uns auf das Longchamps der Pariser verfest. (Schluß folgt.)

mittlung ausländischer Zeitungen war es möglich, den Wählern Kenntnis von der Wahl zu geben. (Hört! hört!) Wir fordern nichts Unbilliges; wir wollen nicht durch eine Hintertür das ganze Vereins- und Versammlungsrecht für uns importiren. Wir verlangen nur das unumgänglich Nothwendige, ohne dessen Gewährung eine wirkliche freie Wahl nicht stattfinden kann (Beifall). — Abg. Graf Bassewitz (eben ernannter mecklenburgischer Minister): Ich bestreite, daß irgendwie die Wahlfreiheit in Mecklenburg beschränkt ist (schallendes Gelächter). Der Vorredner hat sich doch eben gewiß nicht als Regierungs-Candidat gezeigt; dadurch, daß er trotzdem hier im Hause ist, beweist er doch aber, daß die Wahlfreiheit in Mecklenburg eine solche ist (Gelächter), daß auch oppositionelle Kandidaten dort gewählt werden. Überhaupt macht die Mehrzahl der mecklenburgischen Abgeordneten nicht den Eindruck, als ob sie durch Regierungs-Einfluss hierher gelommen wären. Auch die erschrecklichen Schilderungen über die Presse sind nicht zutreffend (Gelächter); m. H., lesen Sie die mecklenburgischen Blätter und Sie werden das Gegenteil finden. (Allgemeine Heiterkeit.) Abg. Poggé: Da der Vorredner die Thatsachen bestritten, lege ich hiermit die Beweisstücke dafür auf den Tisch des Hauses nieder. — Der Antrag Wiggers wird mit sehr großer Majorität angenommen; dafür die Linke, die Social-Demokraten, die Nationalliberalen, die Altliberalen, ein Theil der Freiconservativen, auch Abg. v. Rothschild. — Mit der Annahme des § 15 (Ausführungsbestimmungen) ist die zweite Lösung des Wahlgesetzes beendigt und der Reichstag vertagt sich bis zum 6. April c.

† Berlin, 21. März. [Die Berathung des Reichs-Wahlgesetzes.] Das Resultat, welches die Berathung des Wahlgesetzes gehabt hat, ist leider kein erfreuliches zu nennen. Zum Theil hat dies in der schwachen Besetzung des Reichstages seinen Grund. Hoffentlich wird nach den Osterferien das Haus vollzähliger sein, undnamlich kein Liberaler auf seinem Platze fehlen. Die Berufung kurz vor Ostern hat sich auch diesmal wieder als ein Fehler gezeigt. Von wichtigeren Verbesserungsvorschlägen ist eigentlich nur der angenommen worden, daß die Wahlkreise gesetzlich festgestellt werden sollen. Die Ausschließung des Militärs von der Wahl ist, bis auf eine kleine Verbesserung der Regierungsverlage, leider durchgegangen. Das wichtige Amendement, daß die Seelenzahl der kleinen Wahlbezirke wenigstens dem Minimum nach festgestellt werden soll, ist allen Bevölkerungen unerachtet abgelehnt worden. Es ist dies namentlich für die Wahlen in den östlichen Provinzen von Erheblichkeit. Wenn man dort auf dem Lande in jeder Gemeinde besonders wählen läßt, wie es das jetzige preußische Reglement als Regel vorschreibt, so ist das Geheimniß der Wahl illusorisch. Das Amendement hatte vorgeschlagen, daß die Wahlbezirke mindestens 500 Seelen umfassen solle. Nachdem dies Amendement abgelehnt war und inzwischen das Haus an einem praktischen Falle der Wahlprüfung des Abg. Buff, von Neuem erfahren hatte, wie es mit der Unkenntlichkeit der Wahlzettel steht, hätte man glauben sollen, daß das Amendement an Aussicht gewonnen, daß jeder Wahlzettel in einem Couvert abgegeben werden müsse; allein auch dieses wurde abgelehnt. Leider trat Graf Schwerin als Vertreter aller Sicherungsmaßregeln auf. Vielleicht gelingt es noch bis zur 3. Berathung des Wahlgesetzes einige vertrauensselige Gemüther für die beantragten Verbesserungen zu gewinnen. — Dem Bernehmen nach wird in dem nach Ostern vorzulegenden Gesetze, betreffend die Bekleidung der Portofreiheit, die Aufhebung dieser Freiheit sehr weit gehen, so daß die Portofreiheit nur noch für wenige Fälle bestehen bleibt.

— Mit der bevorstehenden Ernennung des Prinzen Albrecht (Sohn) zum General-Lientenant soll denselben gleichzeitig ein höheres Armeecommando zugesetzt sein und dadurch der Prinz in den Fall gesetzt werden, auf eine längere Dauer seinen Wohnsitz in einer der Provinzen zu nehmen. (Post.)

— [Der Bundesetat pro 1870] schließt in Einnahme und Ausgabe mit 75,958,495 £ ab. Die Ausgaben zerfallen in 71,752,106 £ ordinäre und 4,206,389 £ außerordentliche.

— [Marineanleihe. Marineetat pro 1870.] Dem Bundesrat ist bekanntlich eine Anleihe von 6 Millionen £ für Marinezwecke vorgelegt worden. Die frühere auf 10 Mill. Thlr. normierte Marineanleihe hatte die Bestimmung, für die nächsten Jahre die zur Ausführung des Marineplans erforderlichen außerordentlichen Buschlässe zu liefern und den Geldbedarf für die Küstenbefestigung zu decken. Nun sind aber in den Jahren 1868 und 1869 schon etwa 8,749,000 Thlr. aus dem Ertrage der Anleihe für diese Zwecke verwendet resp. in Anspruch genommen. Solche starke Aufwendung wurde nötig, weil es sich namentlich darum handelte, die Bauten am Jahreshafen so wie die Aaliegung eines Trekkendocks möglichst bald zu vollenden. Demnach wurden für 1870 nur noch 1,251,000 Thlr. zur Verfügung stehen.

Inzwischen hat die Nothwendigkeit ergeben, bis 1874 in außerordentlicher Weise 5,960,000 Thlr. für Marinebeschaffungen und 1,500,000 Thlr. für die Befestigung der Küstenbefestigung zusammen also 7,460,000 Thlr. für diese Zwecke zu verwenden. Da aber nur 1,251,000 Thlr. noch vorhanden sind, so gilt es, zur Deckung des Bedarfs die übrigen 6,210,000 Thlr. neu zu beschaffen. — Was die Ausgaben der Marineverwaltung pro 1870 betrifft, so betragen die ordentlichen Ausgaben 3,131,948 Thlr. oder 495,543 Thlr. mehr als 1869 und die extraordinaire Ausgaben 4,200,000 Thlr., wovon noch zu decken sind 1,571,624 Thlr. Unter den extraordinären Ausgaben befinden sich 600,000 Thlr. für die Hafenbauten an der Fahrt, 500,000 Thlr. für die Erweiterung der Hafenbauten in Kiel, 800,000 Thlr. für die Befestigungen an der Fahrt, 600,000 Thlr. für diejenigen in Kiel, 20,000 Thlr. für Land- und Wasserbauten, 1,460,000 Thlr. für den Bau und die Armierung von Schiffen, 10,000 Thlr. für unterseeische Befestigungen.

— [Die Freigabe der Advocatur] scheint jetzt endlich in nächster Zeit eine Wirklichkeit werden zu sollen. Nachdem auch das Abgeordnetenhaus durch einer seiner letzten Beschlüsse mit großer Majorität die Regierung darum erucht hat, hat, wie die „Trib.“ hört, der Justizminister im Einverständnis mit seinen Collegen den Auftrag zur Ausarbeitung einer darauf beigleitlichen Vorlage ertheilt.

Stolp, 20. März. [Edslin-Stolp-Danziger Eisenbahn.] Mit der Herunft der ersten Locomotive scheint es doch noch seine Schwierigkeiten zu haben, weil ein Theil der Bahnstrecke bei Schlawe seitwärts auseinander geht. Diese Aufführung ist zum großen Theil mit sogenanntem Schlag bewertet worden und die gelinde Witterung hat eine bedeutende Sackung verursacht.

Austria. Prag, 20. März. [Der Cabinetsrat des ehemaligen Kurfürsten von Hessen], v. Schimmelpfeng, hat wegen schwerer Erkrankung seines in Kassel befindlichen Vaters den Bundeskanzler Grafen Bismarck telegraphisch um die Erlaubnis gebeten, sich dorthin begeben zu dürfen. Diese Erlaubnis ist ihm auf 8 Tage ertheilt worden. (W. L.)

Belgien. Brüssel, 20. März. [Die Eisenbahn]

frage.] „Indépendance“ zufolge sind Vorbesprechungen in der Eisenbahnfrage mit der französischen Regierung definitiv beschlossen. Frankreich hat diese Transaction sofort angenommen. Die beiden Regierungen werden eine Erklärung veröffentlichen. Die betreffende Commission wird nach Ostern zusammentreten.

England. London, 20. März. [Im Unterhaus] wurde die Debatte über die Aufhebung der irischen Staatskirche fortgesetzt. Der frühere Minister für Indien, Sir Henry Northcote und der Handelsminister Bright hielten längere Reden. — Im Canal herrscht gegenwärtig heftiger Sturm. (N. L.)

Frankreich. Paris, 20. März. [Im gesetzgebenden Körper] begann heute die Discussion des Contingentgesetzes. Der Kriegsminister Marshall Niel antwortete dem Deputirten Picard, welcher die neue Armeearbeitung kritisierte, daß dieselbe Frankreich eine bis dahin nicht bekannte Macht verleihe und für jede Eventualität bereit mache, aber es sei nicht nothwendig, die Organisation der mobilen Nationalgarde zu überseilen, da nichts die Sicherheit des Landes bedrohe. Der Horizont der auswärtigen Politik sei jedoch bewölkt und es sei zu einer Zeit, da Mächte gefürzt, Länder trennt oder bedroht seien, nicht angebracht, die militärische Organisation anzugreifen: Frankreich könnte keine Bekleidung ertragen und würde die Regierung stürzen, welche es wohlos einer Bekleidung aussagen würde. — Die ersten beiden Artikel des Gesetzentwurfs wurden angenommen. Ein Amendement der Linken, welches die Reduction des Contingents auf 80,000 Mann verlangt, wurde mit 195 gegen 24 abgeworfen. — In dem vertheilten Bericht über das Budget heißt es, die Regierung wolle den Frieden. Die Commission hat eine formelle Erklärung der Repräsentanten der Regierung erhalten, nach welcher kein Umstand vorhanden ist, der geeignet wäre, irgend welche Besürfung zu rechtfertigen. Der Gedanke des Friedens beherrsche die Situation. — Der Kriegsminister hat mehreren Categorien von zeitweise verlaubten Soldaten gestattet, bis auf weiteren Befehl zu Hause zu bleiben. — Der Herausgeber der „Glocke“, Louis Ulbach, ist heute in zweiter Instanz wegen Bekleidung des Kaisers zu 6 Monaten Gefängnis und 500 Frs. Geldstrafe verurtheilt worden.

Italien. Florenz, 20. März. [In der Deputirtenkammer] wurde heute die Berathung über den Marine-Etat für 1869 beendet. Die Kammer stimmte allen, von der Commission beantragten Etatserhöhungen zu und es sind demnach in diesem Jahre für die Marine 34,596,205 Lire bewilligt, also 3,288,807 Lire mehr als das Ministerium gefordert hatte. Die Kammer vertagte sich dann bis zum 12. April. (N. L.)

Spanien. Madrid, 20. März. Laut Verfügung des Bürgermeisters Rivero wird die Losung der Madrider Consuls morgen beginnen. (W. L.)

Rumänen. Bukarest, 19. März. [Dementi.] Die Nachricht, die Regierung habe dem Polen Durin die Erlaubnis nach Rumänen zurückzulehnen ertheilt, ist unrichtig. Die in dieser Angelegenheit mit dem französischen Geschäftsträger ausgebrochene Differenz ist beigelegt worden, ohne daß die Regierung Ansatz gehabt hat, ihre Entscheidung in Betreff der Ausweisung zu ändern. (W. L.)

Amerika. Washington, 19. März. Die Staaten Georgia und Delaware haben das Amendement zur Constitution, wonach den Fabriken das Stimmrecht gewährt wird, verworfen. (N. L.)

Asien. Japan. Aus Yokohama wird vom 13. Februar gemeldet, daß die Vertreter der auswärtigen Mächte die amtliche Anzeige von der Beendigung des Bürgerkrieges gemacht haben. (N. L.)

Danzig, den 22. März. * [Der Geburtstag des Königs] wurde heute in herkömmlicher feierlicher Weise begangen. Auf 7 verschiedenen Plätzen fand durch eben so viele Musikkorps große Revue statt, nach welcher ein Choral gesungen wurde. Auf den Festungswällen, den öffentlichen, vielen Privat-Gebäuden und den Consulaten waren die Flaggen gehisst; in den verschiedenen Kirchen wurde ein Festgottesdienst abgehalten. Nachmittags 3 Uhr fand beim Hofsiegeranten Hrn. Rösch ein Diner der Vertreter der Militär- und Civilbehörden statt, die Offiziere hatten gemeinsame Diners und auch für die Mannschaften waren Festessen angeordnet.

* [Der Direction der Stolp-Danziger Bahn] ist, wie wir hören, von dem Ministerium ausgegeben worden, den Bau der Bahn zu beschleunigen. Der Güterbahnhof soll in Holzbau vor dem Olivaer Thor rechts, wo gegenwärtig die Eisenbahnswellen liegen, aufgeführt und die Beamtenwohnungen sollen links vor dem Olivaer Thore unter dem Berge erbaut werden.

* [Orgelconcert.] Das von Herrn J. Mackenburger in der Petrikirche veranstaltete Concert hatte die Konkurrenz mit der zu derselben Zeit stattfindenden letzten Sinfonie-Soiree im Artushofe zu bestehen und war deshalb nicht so zahlreich besucht, wie man es dem Unternehmer gewünscht hätte. Es ist zu bedauern, daß keine Verlegung von der einen oder anderen Seite zu ermöglichen war. — Die günstige Aufführung der Petrikirche für musikalische Productionen ist bekannt; sie bewährte sich in den gut gewählten Stücken des Programms, und sowohl die Vorträge auf der trefflichen Orgel, als die Gesangspièces brachten eine schöne Wirkung hervor. Hr. Mackenburger eröffnete das Concert durch ein ansprechendes, in brillantem Styl gehaltene Concertstück (Aldante und Allegro) von Töpfer und führte zum Schluß die großartige Toccata in F-dur von Sebastian Bach vor. Beide Vorträge gaben Zeugnis von ausdauernden Studien und einer dadurch gewonnenen gediegenen Technik, ohne welche auf dem königlichen Instrumente für Concertzwecke nennenswerthe Bielle nicht zu erreichen sind. Namentlich war die Manual- und Pedalfertigkeit in der reichen Figuration der Bachschen Toccata großer Anerkennung wert, auch wußte der Spieler mit der erforderlichen physischen Kraft gut auszukommen. Bewährte Hr. Mackenburger seine Tüchtigkeit als Orgelspieler, so waren die Inhaber der Gesangsnummern nicht minder bemüht, ihre Talente zur Geltung zu bringen. Hr. Emil Fischer sang mit Kraft und Ausdruck das erhabende Beethoven'sche Lied: „die Himmel röhnen des Ewigens Ehre“ und die schöne Elias-Arie von Mendelssohn. Hr. Lehmann erfreute durch ein fremdes Passionslied von Emanuel Bach, Hr. Eichhorn durch das Abendlied von Beethoven. Ein bereits in der Marienkirche gehörtes recht ansprechendes Andantino für Violine und Orgel von Voltmar machte, gut ausgeführt, auch diesmal Eindruck. Mitglieder des Sängerbundes trugen zwei Vocalquartette: „Gottes Saat“ von J. Mackenburger und „Eure Ruhe“ von Winter mit Lust und Liebe zur Sache vor, und der Instrumental-Musikverein machte sich Ehre mit einem zarten Adagio von Haydn. — Die Anwesenden werden die Kirche mit Befriedi-

Bur Frühjahr-Saison

empfehle einem geehrten hiesigen und auswärtigen Publikum mein reich assortirtes Lager von Seiden-, Filz- und Stoffhüten &c zur geneigten Beachtung.

Reparaturen aller Art, als: Modernisieren, Waschen, Färben der Hüte besorge schnell und billig

August Sckade,

vorm.: Theodor Specht,
Breitgasse No. 63.

Die gestern stattgefundenen Verlobung meiner Tochter Clara mit Herrn Ring erlaube mir ergänzt anzugeben. (9365)

Roberts, Wwe.

Als Verlobte empfehlen sich:

Clara Roberts,

Gustav Ring.

Danzig, den 21. März 1869.

Die Verlobung unsere Tochter Agnes mit Herrn Maurermeister B. Lindenblatt ehren wir uns statt jeder besonderen Meldung hierdurch ergebenst anzugeben. (9401)

Stolp i. Pomm., den 21. März 1869.

A. von Wittke u. Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:

Agnes von Wittke,

Bernhardt Lindenblatt.

Stolp i. Pomm.

Durch vortheilhafte Einläufe bin ich in den Stand gesetzt, (9397)

guten schlesischen Landwein a Anter 4 und 6 abzugeben und offerire denselben.

C. G. Lehgath, Holzschneidegasse 2.

Von deutschem Schrickerkäse erhielt neue Sendung (9396)

Gustav Stühr. Holzmarkt No. 2

Die Conditorei n. Auchenbäckerei empfiehlt ihr bekannt gutes Gebäck, so wie zum bevorstehenden grünen Donnerstag, Mandelringel zu 1 Sgr. bis 1 Thlr. Bestellungen zu den Osterfeiertagen auf alle Sorten Käseflocken, Dresdner Stollen, Strudel und Torten jeder Art werden prompt und billigst ausgeführt.

Wollweber- Th. Becker. Wollweber-

gasse 21. (9393)

Restitutions-Fluid, echt von Gebrdr. Engel vorrätig Langenmarkt 38. (9294)

Albert Neumann.

Eleme-Rosinen

vorzüglicher Qualität offeriren billigst (9344)

Bogdanski & Ortloff.

Preis-Verzeichniß von Gemüse-, Feld-, Gras- und Blumen-Samen, Pflanzen, Knollen, Rosen &c. vro 1869 von Ang. Drenckmann in Erfurt gratis zu haben bei C. & R. Schulz in Danzig, Jopengasse 51. (8490)

Von der Reise zurückgekehrt, sind meine Sprechstunden von 9-4 Uhr.

v. Herberg, Hof-Zahnarzt.

E. Fröhlich & Co.

Milchkannengasse Nr. 11 im Sweicher, empfehle ihre große Auswahl aller Arten Getreidesäcke zu den billigsten Preisen.

Ganz besonders machen wir auf eine Partie starker östpreußischer Drillisch-Säcke aufmerksam (3 Schaffl. Inhalt) zu 11, 12 u. 13 Sgr. Verladungs-Säcke (2½ Scheffel Inhalt) a 6-7 Sgr.

Kapitäns- oder Träger-Säcke von starker Leinwand a 17½ Sgr.

Getreidesäcke leihweise sind stets in jedem Quantum, zu den billigsten Bedingungen zu haben. (9390)

Die mit vielen Neuheiten ausgestattete Musterfalte für Sonnenschirme liegt jetzt mit fester Preisberechnung zur gefälligen Auswahl bereit, und werden Beziehe wie Reparaturen aufs schnellste ausgeführt. Das Schirmfach erhält jetzt täglich einen neuen Zuwachs und ist eine Partie älterer Schirme zum Ausverkauf gestellt in der Schirmfabrik von

F. W. Döllner,

Jopengasse 35. (9349)

Der Ausverkauf zurückgesetzter Artikel findet wegen der bechränkten Räumlichkeit nur während dieser Woche statt. (9402)

J. J. Czarnecki,

Jopengasse 16.

Nachagori-Fourniere und Pockholz in verschiedenen Dimensionen offeriren billigst (9405)

R. Seeger & Co.,

Danzig, Brodbänkengasse 26.

Concert-Anzeige.

Am Churfreitag, Abends 7 Uhr, findet in der St. Marien-Ober-Pfarrkirche, unter Mitwirkung geschätzter Künstler, das 23. große geistliche Concert der Vereinigten Sänger Danzigs statt, dessen Ertrag zum Besten des St. Johannisstiftes und der Herberge „zur Heimath“ bestimmt ist. Das Programm wird später bekannt gemacht.

Billets a 10 Sgr. und Texte sämtlicher Gesänge a 1 Sgr. sind in den Buch- und Musikalienhandlungen der Herren Doubberck, Eisenhauer, Habermann, Homann, Samier, Weber und Ziemssen, in den Conditoreien der Herren Brentzenberg, a Porta und Sebastiani, und bei dem Küster Herrn Hinz, Korkenmachergasse 4, zu haben. An den Eingängen der Kirche findet kein Billetverkauf statt.

Berger. Frühling. W. v. Kampen. Kuhl. Lyczynski. Marko.

(9399)

Geschäfts-Gründung.

Einem geehrten Publikum zeige ich hierdurch ergebenst an, daß ich in dem Hause Gloden-thor No. 3 mit dem heutigen Tage ein Pütz- und Modewaren-Geschäft eröffnet habe und werde ich stets bemüht sein durch geschicktesten Vorrath wie sauberste Ausführung jeder Bestellung mir das Vertrauen des geehrten Publikums zu erwerben.

Danzig, den 22. März 1869.

Den Empfang meiner Modell-Hüte zeige ich hierdurch ergebenst an.

H. Rosalowsky.

H. Rosalowsky.

Den Empfang meiner Weine

Frühjahr-Anzügen u. Überzieheru.

sowie eine große Auswahl englischer Beinkleider-Stoffe

beehre mich hiermit ergebenst anzugeben und empfehle dieselben zur gefälligen Ansicht und Auswahl.

Bruno Gossch,

Schneidermeister,

37. Brodbänkengasse 37.

Zum Vorte-épée-Fähnrichs, zum Einjährigen-Freiwilligen-Corps, sowie zu denjenigen Examina's behufs Eintritt in die Königliche Marine, wird, mit Einschluß der Mathematik, den gesetzlichen Bestimmungen gemäß vorbereitet Sandgrube, Kaninchenberg No. 5, parterre. (9378)

In Hamburg liegt nach Danzig in Ladung das Schiff Julius, Capt. J. Bremer. Schleunige Güteranmeldungen erbittet der Schiffsmakler (9394)

G. F. Bennecke
in Hamburg.



Die Dampfsboote Julius Born und Vorwärts fahren regelmäßig jeden Montag, Mittwoch und Freitag um 6½ Uhr von Danzig über Tiegenhof nach Elbing und an denselben Tagen um 6 Uhr von Elbing nach Tiegenhof und Danzig. Auskunft ertheilt in Elbing Herr Jacob Niesen, in Danzig der Unterzeichnete. (9366)

R. Hanff,

Comtoir: Am brausenden Wasser und Karpfen-seigen Ecke 27.

Realschule zu St. Johann.

Der neue Unterrichtscursus beginnt Montag den 5. April. Zur Prüfung und Aufnahme neuer Schüler werde ich am Sonnabend, den 27. d. und zwar ausschließlich für die bereits Angemeldeten, am Dienstage, den 30. und Mittwoch, den 31. März von 9 bis 1 Uhr Vormittags in meinem Geschäftszimmer im Schullokal bereit sein. (9321)

Dr. Panten. Director.

Roth, weiß, gelb und schwedisch Kleef-saat, engl. franzö. und italien. Steppengras, franzö. Luzerne, Timothee, Schafschwingel, Seddella und andere Sämereien, gelbe und blaue Lupinen, Saat-Getreide, Knochenmehl (Super-phosphat) offeriren billigst

W. Wirthschaft,
Gr. Gerbergasse 6.

Circa 20 Ctr. roth Spät-Klee (garantiert) aus Gr. Golmkau, sind zu erfragen Hundegasse 20 bei (9218)

F. Schönemann.

½ Pr. Lotterie Los ist zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Btg.

Unterzeichnete sucht zum 1. April c. einen gebildeten jungen Mann zur Erlernung der Landwirtschaft gegen Pension.

Gr. Tromnau bei Neudorf.

R. Diener,

Administrator.

Zwei junge Leute, die die Handelschule besuchen, wünschen noch Unterricht im Französisch und Englischen. Nähers. Altst. Graben 16.

Die Ober-Inspectorstelle in Kopitkow ist besetzt. (9369)

Mitarbeiter zur Polnischen, Tribüne, Kölnischen, National-, Jhl. Lond. News, Gerichts-, Berliner Börsen-, Grenzboten, Signal Zeitung und Punch kann sich melden Langenmarkt 12.

Zuckau, den 25. März.

Stenographischer Verein.

Die Übungsstunden und der Bücherwechsel fallen am 24. und 31. März aus. (9341)

Danziper Stadttheater.

Dienstag, 23. März, (4. Abonnem. No. 19.) Erstes Gastspiel des Herrn Ewald Grobecker vom Hoftheater in Wiesbaden. Die zärtlichen Verwandten. Lustspiel in 4 Acten von Benedix.

10 Thlr. Belohnung.

In der Nacht vom 20. zum 21. März sind mir verschiedene Waaren durch gewaltfahrem Einbruch gestohlen: diverse wollene Kleiderstoffe, Kattune, Futter, Bettbezüge, circa 4 Stücke Shirting, Schürze, weiße Leinwand, leinene, baumwollene gestreifte Hemden, weiße Strickwolle, diverse fertige Hosen und 1 schwarzer Tuchrock. Wer mir zur Wiedererlangung der Waaren verhilft, erhält obige Belohnung. (9387)

Oliva, 21. März 1869.

F. Selbiger.

Druck und Verlag von A. W. Hofmann in Danzig

Herings-Auktion.

Dienstag, den 23. März c., Vormittags 10 Uhr, auf dem Heringshofe der Herren Petschow & Co. Auction über:

62	To.	Großberger Heringe, fichten Band,
93	=	Kleinberger Heringe, büchen Band,
14	=	Kleinberger Heringe, fichten Band,
5½	=	Fettheringe.

Mellien. Joel.



Dienstag, den 23. d. M., Morgens 8 Uhr, fährt der Dampfer

„Tiegenhof“

von hier nach Tiegenhof und Elbing.

Anlegeplatz an der „Eisenwaage“ im Schäfereischen Wasser. Güter nach Einlage, Nothebude, Neumünsterberg, Neuteicherwalde, Platenhof, Tiegenhof, Tiegenhagen, Neustäderwalde, Elbing, auch zur Überladung nach dem Oberlandischen Canal, werden in der Expedition an der Eisenwaage in der Schleifengasse No. 6, welche von des Morgens früh bis des Abends stets geöffnet ist, angenommen. (9324)

Bur Aufnahme von Passagieren legt der Dampfer auch am vorderen Fischmarkt, neben den Käseböten, vor der Abfahrt an.

Jede nähere Auskunft ertheilt gerne

F. Studzinski,

Frauengasse No. 28, am Frauenthor.